

# Entspannungssignale in Konya

Türkei gibt sich bei Truppenbesuch deutscher Parlamentarier versöhnlich

VON NICO POINTNER

**BERLIN.** Ein kleines Entspannungssignal nach monatelangem Streit: Beim Besuch von Bundestagsabgeordneten in Konya haben sich türkische Regierungsvertreter den Deutschen gegenüber versöhnlich gezeigt. Das berichteten mitreisende Parlamentarier. Der heftige deutsch-türkische Streit kam beim Truppenbesuch gestern aber gar nicht zur Sprache. „Das ganze politische Thema wurde außen vor gelassen“, bestätigte der Linken-Verteidigungsexperte Alexander Neu. Es ging demnach nur um den Nato-Einsatz gegen die Terrormiliz Islamischer Staat und um „rein operative Informationen“.

Die Reise nach Konya sollte eigentlich schon im Juli stattfinden. Die türkische Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte das aber verhindert – unter Hinweis auf die derzeit miserablen bilateralen Beziehungen. Das Verhältnis zwischen beiden Ländern ist nach Nazi-Vergleichen und Verhaftungen deutscher Bürger so miserabel, dass man gar keine diplomatischen Ausreden mehr sucht. So hatte die Türkei zuvor bereits Parlamentarierreisen nach Incirlik durchkreuzt – weil türkische Soldaten, die die Türkei als Putschisten verdächtigt, in Deutschland Asyl erhalten haben. Weil der Fliegerhorst Incirlik unzugänglich blieb, ziehen die dort stationierten „Tornado“-Aufklärungsflugzeuge sowie 260 Soldaten nach Jordanien um.

Wäre die Türkei für Konya ebenfalls hart geblieben, hätte auch dort ein Abzug droht. Anders als Incirlik ist Konya ein Nato-Stützpunkt. Von dort aus unterstützt die Nato den Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) mit Awacs-Aufklärungsflugzeugen. Auch wenn dort durchschnittlich nur 5 bis 15 Soldaten stationiert sind, stellt die Bundeswehr in der Regel ein Drittel der Besatzungen. Ohne sie ist eine Fortsetzung des Einsatzes nur schwer möglich.

„Der Kampf gegen das Terrornetzwerk des Islamischen Staates hat für uns Priorität“, stellte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionfraktion, der Celler CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte, gegenüber der CZ klar. „Die Awacs-Aufklärungsflüge der Nato unter Beteiligung der Bundeswehr dienen genau diesem Zweck. Und wenn man sieht, wie der IS im Irak und in Syrien inzwischen immer weiter auf dem Rückzug ist und an Einfluss verliert, dann kann man auch sagen: Unser Einsatz ist erfolgreich.“

Nach anfänglichem Zögern hatte sich daher schließlich Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg eingeschaltet und die Reise der sieben Abgeordneten unter Leitung der Nato organisiert. „Der Besuch zeigt: Die Nato ist nicht nur Verteidigungsbündnis, sondern auch eine Wertegemeinschaft“, freute sich Otte darüber. „Die Mitglieder stehen füreinander ein.“

Die Stimmung vor Ort war gestern versöhnlich. „Man hat uns freundlich



Nato-Maskerade

und höflich behandelt“, berichtete der Grünen-Politiker Tobias Lindner. „Ich hatte den Eindruck, dass niemand dran gelegen war, diese schwierige Situation noch schwieriger zu machen.“

„Man hat deutlich gemerkt, dass es kein Interesse gab, Probleme noch mit Problemen anzuschärfen“, sagte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Wolfgang Hellmich (SPD), kurz vor dem Rückflug. Die türkischen Regierungsver-

treter hätten den Abgeordneten vor Ort mitgeteilt, dass sie die „hohe Bedeutung des Besuchsrecht sehr deutlich erkennen und sehr deutlich sehen“.

Die sieben Abgeordneten wollten sich in Konya ein Bild von dem Stützpunkt machen und mit den Soldaten vor Ort sprechen. Die Bundesregierung und der Bundestag pochen vehement auf das Besuchsrecht für Abgeordnete bei deutschen Soldaten im Ausland, weil die Bundeswehr eine

sogenannte Parlamentsarmee ist. Das bedeutet, über Einsätze der Streitkräfte entscheidet das Parlament und nicht die Regierung.

Besuche unter Nato-Flagge können nach Ansicht der Bundesregierung daher auch nur ein vorübergehender Kompromiss sein. Mit dem politischen und diplomatischen Aufwand sei das „natürlich keine dauerhaft tragfähige Lösung“. Man müsse andere Möglichkeiten finden, die „politisch etwas geschmeidiger sind als das was wir in den letzten Monaten erlebt haben“. Ob um die Abgeordnetenbesuche wieder Streit entbrennt, gilt somit in Berlin als ungewiss.

SPD-Mann Hellmich hingegen kann sich Reisen unter Nato-Flagge auch künftig vorstellen. Das es „ein möglicher Weg, um unser Besuchsrecht auch durchsetzen zu können“. Auch CDU-Politiker Otte erklärte: „Am Ende zählt das Ergebnis.“ Entscheidend sei nicht, mit welcher Fluglinie man fliege, sondern dass man die Soldaten besuchen könne.

Die Linke hingegen kritisiert das Format. Ihr Verteidigungsexperte Neu sagte, der Bundestag gebe damit seine Organisationskompetenz auf der Hand. Und auch die Bundesregierung hat bereits klar gemacht, dass sie keinen Unterschied zwischen Konya und Incirlik machen will. Aus Sicht des Auswärtigen Amts dürfen auch Reisen im Nato-Schlepptau kein Dauerzustand werden. Mit dem politischen und diplomatischen Aufwand sei das „keine dauerhaft tragfähige Lösung“, sagte gestern ein Sprecher.



Gruppenfoto der Delegation vor dem Abflug in Brüssel. Zweiter von links ist der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Celler Abgeordnete Henning Otte.

## MEINUNG

### Ausnahmefall

VON KLAUS M. FRIELING



Endlich durften Bundestagsabgeordnete die Bundeswehrosoldaten auf dem Nato-Stützpunkt im türkischen Konya besuchen. Ein Erfolg deutscher Politik war das aber belleibe nicht. Und auch kein Beleg dafür, dass die Nato eine Wertegemeinschaft ist, wie der mitreisende Celler Parlamentarier Henning Otte findet. Das Bündnis drückt sich stattdessen davor, zu den Vorgängen in der strategisch bedeutsamen Türkei kritisch Stellung zu beziehen.

Nur auf Nato-Ticket war die Reise der deutschen Politiker möglich – ein Vorgehen, das nur Ausnahme sein kann. Der uneingeschränkte Zugang zu den Soldaten der „Parlamentsarmee“ muss Bedingung für die im Dezember anstehende Verlängerung des Türkei-Mandats sein.

Für den Kampf gegen den Terror wäre es ein Rückschlag, wenn die Deutschen aus den Awacs-Jets abgezogen würden. Der neugewählten Bundesregierung wird jedoch nichts anderes übrig bleiben, falls Ankara nicht einlenkt. Und dafür gibt es – auch angesichts der Isolation der deutschen Politik beim geforderten Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen – keine Anhaltspunkte.

Harm Bergen